



Ein durch eine Polizeikugel verletzter Mann wird vom französischen Staat mit 280.000 Euro entschädigt

Das Verwaltungsgericht in Poitiers verurteilt den französischen Staat dazu, mehr als 280.000 Euro an den Kellner zu zahlen, der bei einer Rede von François Hollande in der Charente im Februar 2017 durch eine verirrte Polizeikugel verletzt worden war.

Der Vorfall ereignete sich am 28. Februar 2017. Zu diesem Zeitpunkt befand sich der französische Staatspräsident François Hollande in den letzten Wochen seiner fünfjährigen Amtszeit. An diesem Tag war der Staatschef nach Villognon (Charente) gereist, um die Hochgeschwindigkeitsstrecke (LGV) Tours-Bordeaux einzuweihen.

Während der Rede des damaligen Präsidenten eröffnete ein Scharfschütze der Gendarmerie, der auf dem Dach eines gegenüberliegenden Gebäudes postiert war, versehentlich das Feuer, als er mit seiner Waffe hantierte. Eine verirrte Kugel verletzte den 42-jährigen Oberkellner, der für den Empfang nach der Rede zuständig war, am rechten Fuß. Der Mann, der einen Schienbeinbruch und eine Verletzung des Beugenervs erlitt, war gezwungen, seinen Beruf zu wechseln, da er Probleme mit dem Laufen und Stehen bekam.

Der Mann, der ursprünglich eine Entschädigung von einer Million Euro gefordert hatte, wird nach einer Gerichtsentscheidung des Gerichts in Poitiers nun etwas mehr als 280.000 Euro als Wiedergutmachung für die erlittenen Schäden erhalten, wie der Sender France Bleu berichtete.

Das Opfer hat außerdem bereits fast 300.000 Euro von der Krankenversicherung erhalten, um die entstandenen Gesundheitskosten zu decken.